

Der Kern der Gerechtigkeitsfrage ist das Recht auf Rechtfertigung - Was gemeinsam erarbeitet wird, darf eine Minderheit sich nicht aneignen.

Das Abtauchen der Kanzlerin während der Sondierungen: persönliches Versagen oder Systemdefizit?

1. Fragiler Staat / fragile Demokratie / marktradikales Erbe

◆ Merkel: 80% des staatl. Handelns = Reaktion auf aktuelle Herausforderungen. Fahren auf Sicht, Abwälzen der Richtlinienkompetenz auf die Fachressorts, vorsichtig warten, wie sich alles entwickelt. Systemische Erklärung: In großen Koalitionen wird die Richtlinienkompetenz der Kanzler*in ausgebremst. Nicht regieren, sondern moderieren: zwischen Staat, Wirtschaftslobby, Zivilgesellschaft.

◆ Gesellschaftliche Polarisierung, sich öffnende Schere zwischen Wohlhabenden/extrem Reichen und dem unteren Drittel der Bevölkerung, Abstiegsangst, Abwärtsspirale, Armut/Ausgrenzung/Ausschluss. Ausschluss nicht von materiellen Gütern, sondern von der Beteiligung an der Diskussion über die gesellschaftlichen Verhältnisse. Ihr Wissen, ihre Meinung zählt nicht, ist irrelevant. Ihre Reaktion: sie bleiben den Wahlen fern.

◆ Das marktradikale Erbe

Zu Beginn der 1980er Jahre, ein wirtschaftspolitischer Wetterwechsel mit drei Glaubenssätzen:

- Der Markt die Urform menschlicher Beziehungen, ein Interessenausgleich, der alle zufrieden stellt.
- Privatwirtschaftliche Angebote sind bürgernäher, kostengünstiger rentabler als öffentliche Güter.
- In wohlhabenden Gesellschaften wird ein jeweils höherer Einkommensanteil nicht für Waren ausgegeben, sondern als Kapitalanlage auf den Finanzmärkten gespeichert. Die Finanzsphäre steuert die Realwirtschaft.

Auswirkungen in Deutschland: 1982: Lambsdorff-Tietmeyer-Papier, Lockerung des Flächentarifvertrags, Lohnspreizung nach unten, Niedriglohnsektor. Anschließend Umbau des Sozialstaats in einen Wettbewerbsstaat. 1995 unter Blüm: Pflegeversicherung, Kommerzialisierung, Privatisierung; 2000 unter Eichel: Finanzregime der Kapitalmarktorientierung; 2005 unter Schröder: Agenda 2010.

Auswirkungen in der EU: Binnenmarkt, Bolkestein-Richtlinie, Währungsunion, Krisenmanagement.

2. Rückkehr der Gerechtigkeitsfrage

„Weder der Abendstern noch der Morgenstern sind so wunderschön“ (Aristoteles). Gerechtigkeit überragt die übrigen Tugenden, sie bezieht sich auf andere. Vor allem ist sie die Grundnorm einer politischen Gemeinschaft. Aber was ist schon gerecht? Was die Mächtigen dafür halten? Um die Jahrtausendwende eröffneten die Parteien eine Debatte über die „neue“ Gerechtigkeit als Antwort auf die neuen Herausforderungen. Daraus ließen sich drei Einsichten gewinnen:

- ◆ Die Gesellschaftsmitglieder selbst müssen sich darüber verständigen, was sie einander schulden.
- ◆ Normative Überzeugungen antworten auf eine Situation, die als herausfordernd gedeutet wird.
- ◆ Die normative Antwort ist nicht alternativlos - sie gestattet Anpassung oder kreativen Gegenentwurf.

(I) Gerechtigkeit als Gleichheitsvermutung

Einwände: Kein Mensch gleicht dem anderen. Unterschiedliche Talente, Interessen, Energien. Die Gesellschaft verfügt nicht über die Fähigkeiten der Individuen wie über ein ihr gehöriges Reservoir. Sie würde die Schwächeren in eine aussichtslose Aufholjagd hineintreiben.

Verhältnismäßige Gleichheit: Gleichheit ist nicht Identität. Zwillinge sind gleich, nicht identisch. Menschen sind gleich in einigen Merkmalen, in vielen anderen nicht. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, „Gleiches ist gleich, Ungleiches ist ungleich zu behandeln“.

Bezugspunkt der Gleichheit: In antiken Gesellschaften waren die Eigenschaften von Menschen der Bezugspunkt gleicher Anerkennung: Tugend, Verdienst, gesellschaftlicher Rang. In modernen Gesellschaften ist das individuelle Subjekt selbst der Bezugspunkt, indem die Mitglieder sich wechselseitig das gleiche Recht zugestehen, als Gleiche anerkannt und behandelt zu werden. Der andere Mensch ist nie bloß als Mittel, sondern immer zugleich als Zweck in sich selbst anzusehen.

(II) Das Recht auf Rechtfertigung

Die Machtfrage: Die Gerechtigkeitsdebatte kreist vorwiegend um die Verteilung bereits vorhandener Güter. Gewichtiger ist jedoch die Frage: Wer entscheidet darüber, was wie für wen hergestellt wird? Wer hat die Macht, über den Prozess und die Struktur ihrer Entstehung zu verfügen?

Gerechtigkeitssymbole: eine hoheitliche Frau mit dem Schwert in der einen, mit der Waage in der anderen Hand - oder eine Mutter, die den Kuchen für ihre Kinder in (un)gleiche Stücke teilt.

Wechsel der Perspektive: Die Gesellschaft ist keine Mutter/Kind-Beziehung; In ihr hat die Sorge um die Achtung der Personenwürde einen anderen Rang als die Sorge um die Güterverteilung. Es erfolgt eine Transformation von der objektiven in die subjektive, intersubjektive, kommunikative Sphäre.

Egalitäres Recht auf Rechtfertigung: Ein friedliches Zusammenleben autonomer Personen entsteht informell aus Gewohnheiten, sie festigen sich durch Regeln, Strukturen und Organe, um Konflikte zu regeln. Um diese Prozesse zu stabilisieren, vereinbaren die Mitglieder solcher Gemeinschaften Grundsätze, Verfahren und Institutionen, für die sie als vollwertige und gleichberechtigte Autoren und Adressaten verantwortlich bleiben. Wer Verantwortung für sein Handeln übernimmt, verpflichtet sich, dieses vor anderen zu rechtfertigen, und er gesteht den anderen das Recht auf Rechtfertigung zu. Verantwortungsverhältnisse sind Rechtfertigungsverhältnisse.

Verformung egalitärer Rechtfertigungsverhältnisse: Mit der Festigung von Organisationsstrukturen entstehen funktionale Weisungsbefugnisse und Abhängigkeiten einschließlich zeitlich begrenzter demokratischer Herrschaft. Die Dualität von Entscheidungsträgern und denen, die davon betroffen sind, verwandelt den Funktionsabstand in Entfremdungszonen. Die politische Klasse eignet sich die ausschließliche Rechtfertigungsmacht über die Verhältnisse an, die sie verursacht hat, und verformt so das ursprünglich wechselseitige Recht auf Rechtfertigung.

Zerbrechen etatistischer Rechtfertigungsmacht: Alle autonomen Personen, freie und gleiche Bürgerinnen und Bürger reißen jene Barrieren nieder, die ihnen das persönliche Grundrecht der Beteiligung an der Rechtfertigungsmacht ausgehebelt haben. Sie ermächtigen sich dazu, diskursiv, konstruktiv und demokratisch nur solche Grundsätze, Normen und Verfahren gelten zu lassen, die vor dem Rechtfertigungsanspruch bestehen können, der allen Mitgliedern der Gesellschaft zu Eigen ist.

4. Den Kapitalismus zähmen, bändigen, brechen

◆ Theoriedefizite: Das in Deutschland überlieferte Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft geht auf den Ordoliberalismus der Freiburger Schule zurück. Dessen Defizit besteht darin, dass er sich zwar streng gegen einseitige Machtverhältnisse auf freien Märkten wendet, aber die Voraussetzungen der Marktsteuerung, nämlich den Blick auf die Strukturen der Haushalte und Unternehmen ausblendet. Vergleichbare Reflexionsdefizite sind auch in der Sozialverkündigung der Päpste Johannes Paul II. und Franziskus zu finden.

◆ Sozialpolitik, Einkommenspolitik, Beteiligungspolitik: Die Zähmung des Kapitalismus ist der Bismarckschen Rentenversicherung der Arbeiter zuzuordnen, dessen Bändigung hat sich mit der Tarifautonomie am Ende des ersten Weltkriegs, in der Weimarer Zeit und in der frühen Bundesrepublik geformt und gefestigt, ist seit den 1980er Jahren jedoch ziemlich zerfasert. Die Brechung des Kapitalismus ist allerdings nur ansatzweise in der Montanmitbestimmung von 1952 versucht worden.

◆ Abschied von der kapitalistischen Verteilungsregel: Das Ziel des kapitalistischen Unternehmens ist ausschließlich die Vermehrung des Geldvermögens, während die übrigen Ressourcen, welche ebenso die Wertschöpfung erwirtschaften, relativ nachrangig abgefunden oder zum Nulltarif genutzt werden. Eine drastische Umkehr dieser Schiefelage besteht darin, dass zu Beginn des Produktionsprozesses von den Trägern der vier Vermögen, nämlich des Arbeits-, Geld-, Umwelt- und Gesellschaftsvermögens, die gemeinsam die unternehmerische Wertschöpfung erarbeiten, entschieden wird, was für wen in welcher Menge herzustellen ist. Und dass die Wertschöpfung, die durch die gemeinsame Anstrengung zustande kommt, fair auf die vier Vermögen verteilt wird. Dadurch wird der Kapitalismus gebrochen und in eine Wirtschaftsgesellschaft transformiert, die den Menschen dient.